

Ressort: Politik

CDU-Innenpolitiker will Maßnahmen gegen "Anti-Abschiebe-Industrie"

Berlin, 11.05.2018, 01:29 Uhr

GDN - In der Debatte um eine sogenannte "Anti-Abschiebe-Industrie" fordert der CDU-Innenpolitiker Philipp Amthor ein Maßnahmenpaket gegen derlei organisierte Abschiebeverhinderung. Amthor sagte dem Nachrichtenmagazin Focus: "Bei Organisationen, die versuchen den Rechtsstaat zu unterlaufen, müssen öffentliche Gelder gestrichen werden".

Außerdem solle in krassen Fällen, in denen zur Täuschung der Behörden aufgerufen wird, die Staatsanwaltschaft eingeschaltet werden. "Es muss in jedem Verdachtsfall geprüft werden, ob Handlungen von Organisationen, wie etwa Ratschläge, sich zu bestimmten Zeiten nicht in der Unterkunft aufzuhalten, als Straftaten verfolgt werden können", erklärte Amthor. Zusätzlich muss nach den Worten des CDU-Innenexperten aber auch das Asylverfahrensrecht vereinfacht werden. "Es kann nicht sein, dass offensichtlich unbegründete Asylanträge und fortwährende Verfahrenstricks unsere Gerichte dauerhaft überlasten."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-105921/cdu-innenpolitiker-will-massnahmen-gegen-anti-abschiebe-industrie.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com